

Hallesche Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erhebt wochentlich am Sonntag als Feuilleton. Die Bezugs-Gebühren betragen in Stadt und Land jeweils durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 30.00, in den Postgebieten abgesehen M. 35.00 monatlich. Die abgelaufene Postgebühren-Zelle kostet im Ortsverkehr M. 3.00, im auswärtigen Verkehr M. 6.00. Fernlesen die Millimeter-Zelle M. 15.00 im Ortsverkehr und M. 20.00 im auswärtigen Verkehr. Postgebühren-Zellen: Fern-Verkehr.

Verlags-Gesellschaft: Halle a. S., Neue Dromade 1a und Große Brauhausstraße 17. Verlagsleiter: Hermann Grottel. Druckerei: Druckerei der Halleschen Zeitung, Halle a. S., Postfach 2215. Erfüllungsort und Verschickungsort: Halle a. S. Bezugsbedingungen sind nur bis zum 30. eines jeden Monats zum Schluss des laufenden Monats zulässig.

Einigkeit und Recht und Freiheit.

Kundgebung des Reichspräsidenten / Kabinettsitzungen in London und Paris / Keine Veränderung der Haltung Englands / Eine neue Konferenz in Brüssel?

Der Reichspräsident zum 11. August

Deutschland über alles.

Der Herr Reichspräsident hat zum Vortrage der Besichtigung nachfolgende Kundgebung erlassen:

„Vor drei Jahren, am 11. August, hat sich das deutsche Volk seine Verfassung gegeben, das Fundament seiner Zukunft. Diese Tat wollen wir, trotz aller Not der Gegenwart, mit Freude und Hoffnung begehen. In ihr wollen wir unsere Liebe zum Vaterlande bestanden. Deutschland soll nicht zu Grunde gehen! Das ist unser Schicksal, so lange wir atmen und arbeiten können.“

Wir wollen keinen Bürgerkrieg, keine Trennung der Erdteile. Wir wollen Recht. Die Verfassung hat uns nach schwerem Kampfe Recht gegeben. Wir wollen Frieden. Recht soll vor Gewalt gehen. Wir wollen Freiheit. Recht soll uns einig zusammenhalten. So soll die Verfassung uns Einigkeit, Recht und Freiheit gewährleisten.

Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Ruf aus dem Munde des Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Schmach aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten. Sein Ruf ergangen gegen Zwietracht und Missetaten soll nicht Würgerschnur werden im Parteikampf, es soll nicht der Kampfgang derer werden, gegen die es gerichtet war; es soll auch nicht dienen als Ausdruck nationalstolzer Ueberhebung. Aber so, wie einst der Dichter, so stehen wir heute, Deutschland über alles! In Erfüllung seiner Schmach soll unter den sich am 11. August 1919 ergebenden Pflichten der Einigkeit und Recht und Freiheit der feste Ausdruck unserer vaterländischen Gesinnung sein.

Auf diese Jahre noch werden für uns alle Festtage des Staates zugleich Tage gemeinsamer Sorgen sein. Unter den unersättlichen Wünschen der letzten Ereignisse stehen nicht nur ungeliebte Vorkommnisse. Deutsches Wissen und deutsches Können, die Quellen unserer besten Kraft, sind schwer bedroht. Die Reichsregierung hat mit dem Betrag von drei Millionen Mark für Zwecke der Wissenschaft, Kunst und Handwerk aus dem Mitteln zur Verfügung gestellt, die der Reichstag zum Schutze der Republik bewilligt hat. Zur Hebung der Volksgesundheit durch Spiele in Freien wird eine weitere Million bereitgestellt. Aus der Bereitwilligkeit dieser Summen spricht die Not unseres Landes. Schwere Stürme sind über die junge deutsche Republik in den letzten Wochen dahingegen. Unsere Einigkeit, unser Recht, unsere Freiheit wurden bedroht. Sie werden noch weiter bedroht sein. Wir wollen nicht versagen. In der Not des Tages wollen wir uns freudig der Ideal erheben, für die wir leben und wirken. Der feste Glaube an Deutschlands Rettung und die Rettung der Welt soll uns nicht verlassen.

Es lebe die deutsche Republik! Es lebe das deutsche Vaterland! Es lebe das deutsche Volk!

Berlin, den 11. August 1922.

gez. Ebert, Reichspräsident.

Fest im Reichstag.

Berlin, 11. August. Vertreter aller in Berlin anwesenden Abgeordneten fanden sich heute mittags 12 Uhr zur Feier der Verfassungssammlung. A. a. nahm in den Tagen der Reichspräsidenten der Reichstanzler, der bayerische Ministerpräsident Graf Berchthold und der frühere Reichsminister Dr. Preuß, der Vater der Verfassung.

Einigung mit Bayern.

Berlin, 11. August. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung unter der Führung des Ministerpräsidenten Grafen Lehmann haben zu einer vorläufigen Einigung geführt. Die bayerische Verordnung wird nach dem Inhalt erfüllt werden und das Reichsgesetz zum Schutze der Republik einschließlich des Reichsstrafgerichts wird auch in Bayern zur Anwendung gelangen, jedoch mit zeitweiligen Garantien seitens des Reiches für die Wahrung der Souveränität der Länder.

Ein deutsch-amerikanisches Abkommen.

Sitzung einer paritätischen Kommission.

Berlin, 11. August. Gestern nachmittag erfolgte in der Reichstagskammer zwischen dem Reichstanzler Dr. Wirth und dem amerikanischen Botschafter Manson B. Doughton die Unterzeichnung eines Abkommens, das den Zweck verfolgt, die Schadenersatzforderungen festzusetzen, die die Vereinigten Staaten gemäß dem Abkommen vom 25. August 1921 geltend zu machen haben.

Bezüglich hatte das Abkommen vom 25. August 1921 den Vereinigten Staaten alle Rechte aus dem Vertrag von Versailles gelassen. Es geht nunmehr ein Instrument zu schaffen, um die

aus diesen Rechten hervorgehenden Forderungen festzusetzen. Dieses Instrument wird durch das neue Abkommen in Gestalt einer Kommission gebildet, die mit Bezug auf die erwähnten Forderungen die Funktionen der Reparationskommission und der gemeinsamen Schiedsgerichts übernimmt. Diese Kommission stellt sich ein Urteil gegenüber der im Berliner Vertrag vorgesehenen Art der Streitigkeiten dar. Die Kommission wird aus einem deutschen und einem amerikanischen Vertreter bestehen. Die Kommission soll innerhalb zweier Monate nach der Unterzeichnung des Abkommens, das logisch in Kraft tritt, in Washington zusammentreten. Man kann den Erfolg dieses Abkommens, das die Regelung der finanziellen Forderungen Amerikas betrifft, als den Beginn der endgültigen Liquidation des Krieges auch mit den Vereinigten Staaten auffassen.

Noch immer keine Entscheidung.

Die Gegenstände haben sich weiter zugezogen. Es sieht aus, als wolle es auf Biegen oder Brechen gehen. Beide Ministerpräsidenten, Lloyd George und Poincaré haben offiziell ihren Kabinetten vom Stande der Dinge berichtet und sich, jeder für sich, beiseineigen lassen, doch ihr Standpunkt der richtige ist. Man mag in seinen Erwartungen stehen wie man will, Tatsache ist, daß England und Frankreich seit langen Jahren noch nie sich in so scharfer Opposition gegenüberüber als diesmal. Der Bruch der Entente wurde allerdings, — das darf man nicht vergessen, — schon manchmal an die Wand gemalt, und immer wieder fanden sich die feindseligen Brüder zusammen. Diesmal ist ja zudem noch fester Kräfte an Werke, die Gegner zusammenzuführen. Italien und auch Belgien bemühen sich um eine Verständigung zwischen England und Frankreich. Es wird schon gelingen, den Konflikt noch einmal „hinauszuzugeln und den Riß wieder zu verkleistern. Schließlich wird man wohl auch noch einmal zu der Hauptfrage der ganzen Konferenz kommen, zur Frage des Moratoriums. Von der hat man bisher wenig gehört, desto mehr von den produktiven Plänen Poincarés.

Die Kabinettsitzungen.

London, 11. August. Das englische Kabinet hat den Plan Poincarés abgelehnt und diesen Beschluß allen anderen Delegierten heute abend mitgeteilt. Es hat noch einmal die Politik Lloyd Georges zur Begleitung der Reparationen einstimmig angenommen und dabei betont, daß Deutschland einzig sei und in der Tat nicht beschämten könne. Es wolle ihm ein Moratorium gewährt werden, damit es sich erhole. Die Minister, die zur Kabinettsitzung aus allen Himmelsrichtungen herbeigeeilt sind, werden während der Konferenz in London bleiben. Morgen wird die Konferenz zu einer Vollversammlung zusammenzutreten. Man erwartet, daß die neuen Vorschläge dann zur Sprache kommen werden. Lloyd George, Poincaré, Benoit und Schaner tauchten gegenseitig ihre Meinungen aus. Poincaré glaubt man, werde wahrscheinlich eine Reihe neuer Vorschläge vorzubringen haben. Danach sollen deutsche Kriegsschiffe annulliert werden, wenn England sich innerlich bereit erklärt, die europäischen Schulden zu annullieren.

Paris, 11. August. Der „Temps“ will wissen, daß der Minister Poincaré für die Art, wie er bis jetzt die Verhandlungen in London führte, beglückwünscht sei. Er habe ihm außerdem empfohlen, die eroberte Stellung zu halten. Nachdem der Ministerat verschiebene von Poincaré vorgeschlagene Produktivitäten geprüft habe, habe der Ministerat Poincaré volle Handlungsfreiheit bezüglich der verschiedensten Punkte gelassen. Der Innenminister erklärte auf eine Anfrage, daß nach seiner Ansicht die Aufrechterhaltung der Forderungen Poincarés zu einem Bruch mit England führen werde. Das Wort bemerkt, dadurch, daß Poincaré vom Ministerat beglückwünscht worden sei, lieure der Ministerat auf einen Bruch mit England hin.

Vor einer amtlichen englischen Erklärung.

London, 10. August. Im Anschluß an die Sitzung des englischen Kabinetts wurde beschlossen, einen Bericht zu verfassen, in dem der englische Standpunkt über die allgemeine Lage dargelegt wird. Die Dokument wird ipd ipd in der Nacht fertiggestellt sein und dem französischen, italienischen und belgischen Delegierten übermittelte werden. Es ist wahrscheinlich, daß morgen um 11 Uhr eine Vollsitzung der Konferenz stattfinden und danach ein englischer Kabinettsrat. In diesem soll beschlossen werden, ob England den Vorschlägen Poincarés Gegenwärtige entgegenzusetzen wird. Lloyd George hatte heute eine Unterredung mit Benoit und Schaner. Man Abend hielt er dem König, der morgen London verläßt, einen halbständigen Vortrag. — Immerhin ist verzeichnet, daß Poincaré Sozialisten gegenüber erklärt hat, daß man zwar zu einem Abkommen gelangen würde, die Besprechungen selbst aber von ihrem Ende noch weit entfernt wären. Keine Man zu keinem Einvernehmen, so möchte er auf jeden Fall zu Zurücknahme seiner Handlungsfreiheit bestehen.

Der Bericht der Sachverständigen

London, 10. August. Das „Neutsche Bureau“ erzählt: Der Bericht der Sachverständigenauschusses über die Vorschläge Poincarés ist überreicht worden. Der Ausschuss ist zu dem Schluß gekommen, daß die Vorschläge über Haupt keine annehmbar sind. Er äußert sich über die Vorschläge und Bedingungen in folgenden Punkten: Hinsichtlich der Vorschläge, daß die Alliierten eine Kontrolle über die deutschen Staatseinkommen Kohlenbergwerke und Forsten errichten sollte, stimmte der italienische und der japanische Vertreter mit dem britischen Vertreter darin überein, daß eine solche Maßnahme zweifellos sei, außer als „Sanktion“. Was die vorgeschlagene Zolllinie zwischen dem belgischen Gebiet und dem übrigen Deutschland anlangt, so waren alle Alliierten außer Frankreich der Ansicht, daß eine solche Maßnahme unzulässig sei. Gegen die Anregung, daß die Alliierten einen Anteil von 60 Prozent an den deutschen öffentlichen Finanzen übernehmen sollten, erhoben die Alliierten außer Frankreich Widerspruch und betrachteten eine solche Garantie nur als einen Grund für Deutschland, mehr Papiergeld zu drucken.

1. Die Besteuerung der Ausfuhrlicenzen ergibt, wie englische belgische und italienische Sachverständigen übereinstimmend erklären, nach den Erörterungen der Vergangenheit keine Ergebnisse. Die Engländer verweilen insbesondere darauf, daß diese sogar durchaus politischen Charakter habe. Dieser Anknüpfung schloß sich das Sachverständigenkomitee an, weshalb es über diesen Antrag kein Gutachten abgab, da es über politische Möglichkeiten nicht zu entscheiden habe, die ausschließlich in die Wirkungskategorie der Ministerpräsidenten falle.

2. Errichtung der Zolllinie östlich vom Rhein und Errichtung von Zollstationen am das Ruhrgebiet. Die Sachverständigen erklären, daß man nur Einigungen in Kapituliert vorzuziehen könne. Diese Maßnahmen hätte nur moralischen Wert. Es ist eine richtige Staatsmaßnahme. Alle Sachverständigen, mit Ausnahme der Franzosen, lehnen diesen Punkt ab. Die Engländer betonen den politischen Charakter dieser Zwangsmaßnahmen, die außerhalb des Programms der gegenwärtigen Konferenz liegen. 3. Kontrolle der Eisenerzbergwerke im Ruhrgebiet. Die Franzosen, die auch die Eisenerzbergwerke unter internationaler Kontrolle sehen, weil sie ungefähr 9 Millionen Tonnen jährlich ergeben.

4. Domänenwaldungen. Die Reparationskommission wird mit der Ausbeutung beauftragt. Nicht ganz einig sind sich die Alliierten darüber, ob man diese Waldungen vollständig beschlagnahmen solle, oder ob man sich hier nur die durch den Friedensvertrag vorgeschriebenen Solzlieferungen sichern soll.

5. Karthoffelfabriken am linken Rheinufer. Frankreich verzichtet auf seinen Vorschlag, wenn keine anderen Forderungen Rechnung getragen wird, weil die Expropriation der gegenwärtigen Besitz 70 Milliarden Mark nur die durch den Friedensvertrag vorgeschriebenen Solzlieferungen führen würde.

6. Entlassung von 26 Prozent der auswärts Devisen, die Deutschland bei seinem Ausfuhrhandel erzielt, sowie Entlassung der Zollentnahmen. Alle Sachverständigen stimmen dem Vorschlag zu, daß gemäß dem Moratorium des Vertragstextes die Hälfte der Devisen entlasteten Summen Deutschland zur Verfügung gestellt werden. Man rechnet heraus, daß sich im ganzen 1250 Millionen durch die Ausfuhr von 300 Millionen durch die Zölle erzielen ließen. Ob Deutschland diesen ganzen Betrag oder nur einen Teil zur Verfügung gestellt erhalten soll, steht noch nicht fest. Dies wird erst dann entschieden werden, wenn man darüber übereingekommen sein wird, in welcher Höhe Deutschland ein Moratorium zu gewähren sei.

„Ein Kompromiß wahrscheinlich.“

Paris, 11. August. Poincaré hatte sich vor seiner Abreise nach London verpflichtet, von seinem Programm der strengen Forderungen nicht ohne Zustimmung des Ministerates und des Präsidenten Millerand abzugehen. Als er in London die Notwendigkeit erkannte, Zugeständnisse und Abstände zu machen, forderte er telephonisch die Zustimmung des bayerischen Ministerates. Dies ist ihm erreicht worden und gibt ihm Handlungsfreiheit. Demnach wird Poincaré heute der Sonderbeauftragte des „Matin“ Sauerwein, der in London von Poincaré persönlich informiert wird, keine Blatte, es sei eher mit einem Kompromiß als mit einem Bruch zu rechnen. (Nach dieser Werbung, die uns kurz vor Schluss des Blattes ausgeht, können sich die Ausschüßten auf das Kompromiß, mit dem von vornherein zu rechnen war, gefestigt zu haben.)

Vertrauensvotum für das Kabinet Facta.

Rom, 10. August. Die Kammer bewilligte dem neugebildeten Kabinet Facta das Vertrauensvotum mit 247 gegen 121 Stimmen. Wegen die Regierung stimmten nur die äußerste Linke und die äußerste Rechte. Die Debatte war sehr erregt. Im Verlauf der Sitzung kam es wiederholt zu den heftigsten Ausbrüchen. Die konservativen Abgeordneten Giuseppe Arginato schickten sich an der Rede über zu gehen und die Kommunisten zu feuern, wurden aber entnommen. In den Handlungsgängen oberrigte nach Schluss der Sitzung der Faschist Giunta den Sozialisten Canessa, der Abgeordneter für Genoa ist.

